



Liebe Mitglieder der DFG-VK Baden-Württemberg, Putins Krieg in der Ukraine hat uns alle in den letzten Wochen sehr beschäftigt. Die Bilder in den Nachrichten sind nur schwer zu ertragen, und leider gibt es aktuell noch nicht viel Hoffnung auf eine Entspannung der Situation.

Dazu kommen Entscheidungen in Deutschland wie zum Beispiel die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr, die uns in der Friedensbewegung beunruhigen. Vor allem dann, wenn man sich überlegt, was man mit diesem Geld alles hätte tun können.

Umso wichtiger ist es, nicht aus den Augen zu verlieren, was Hoffnung macht. Was mir persönlich im vergangenen Monat Mut gemacht hat, waren Hunderttausende Demonstranten in Deutschland, aber vor allem die mutigen Menschen, die in Russland auf die Straßen gegangen sind – wohl wissend, was das für sie bedeutet.

Schön finde ich auch die Solidarität mit den Ukrainern, die sich in der großen Spendenbereitschaft zeigt und die viele Menschen dazu bringt, ihre Türen für Flüchtlinge zu öffnen. Ich wünsche mir, dass wir zukünftig allen Hilfesuchenden so begegnen und unsere Solidarität nicht an der europäischen Grenze endet.

Trotz allem viel Freude beim Lesen und herzliche Grüße

*Sarah Fontanarosa*

## DFG-VK-Landesverband

### Neujahrstreffen und Landesmitgliederversammlung

#### Diskussion und Neuorganisation bei der DFG-VK Baden-Württemberg

**P**olitische Diskussion und organisatorische Neuaufstellung – das waren die Themen am 22. Januar im Bürgerzentrum Waiblingen bei einer kombinierten Veranstaltung; am Vormittag die Diskussion, am Nachmittag der zweite Teil der Landesmitgliederversammlung vom Herbst 2021. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Pandemie war die frühe Festlegung auf Ende Januar nicht unproblematisch, und so war es kein Wunder, dass noch wenige Tage vor dem Termin nicht klar war, ob eine Podiumsdiskussion überhaupt stattfinden würde und wenn ja, in welcher Besetzung.

DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin aus Freiburg wollte mit Rücksicht auf eine besonders gefährdete Person in seiner Familie nicht anreisen, doch präsent war er mit einer Audiobotschaft, einem knappen Vortrag über ganz aktuelle Fragen des Kampfs gegen die Rüstungswirtschaft in Deutschland und weltweit. Gerade dieser Aspekt war ein Hauptpunkt von Grässlins Referat, dem es im Zusammenwirken verschiedener Akteure gelungen ist, ein internationales Netz zu knüpfen, das GN-STAT (Global Net – Stop the Arms Trade). Ein Besuch im Internet auf [gn-stat.org](http://gn-stat.org) bringt umfassende Informationen.

Andreas Zumach aus Berlin hatte anfangs auch Bedenken, ob die Anreise zur Veranstaltung gefahrlos möglich sei, war aber dann den ganzen Tag anwesend. Für den routinierten Journalisten und Radiokommentator, dazu noch DFG-VK-Mitglied im Landesverband Baden-Württemberg,

war die Podiumsdiskussion ein Heimspiel. Der zweite Mann auf dem Podium, Florian Pfaff von der Vereinigung kritischer Soldaten „Darmstädter Signal“, ist nicht gerade Stammgast bei DFG-VK-Veranstaltungen, doch er und Andreas Zumach kennen sich von etlichen gemeinsamen Auftritten.

Zum etwas sperrigen Thema des Vormittags „Rot-Gelb-Grün: Die neue Regierung – Schwarz: Die Perspektive für Frieden und Abrüstung“ äußerten sich die beiden zunächst in Kurzreferaten, wobei schon deutlich wurde, dass die Positionen in mehreren Punkten nicht weit auseinander gingen.

Der Themenkomplex Russland – Nato-Osterweiterung – Erdgas – Ukraine nahm aus aktuellem Anlass breiten Raum ein. Das diskussionsfreudige Publikum war bis zur Mittagspause aufmerksam dabei, und die Diskussionsleitung hatte eine durchaus angenehme Aufgabe.

Herausfordernd hingegen war die Aufgabe des Versammlungsleiters Wolfgang Menzel aus der Gruppe Mittelbaden bei der Landesmitgliederversammlung und ihrem einzigen Tagesordnungspunkt am Nachmittag.

Nach der Kündigung des bisherigen Geschäftsführers in den ersten Dezembertagen war Unruhe bei vielen Mitgliedern im Landesverband spürbar geworden. Aus diesem Grunde war der überdurchschnittliche Besuch mit knapp 40 Stimmberechtigten leicht erklärbar.

*Fortsetzung auf Seite 4*



## Langjährige Mitglieder im DFG-VK-Landesverband

Wir beglückwünschen folgende Mitglieder, die dem Verband so lange die Treue gehalten haben (Januar-April):

65 Jahre: Werner Mann

60 Jahre: Günter Forst

55 Jahre: Siegfried Osterle, Enno Schubert, Eugen Schlaiss

50 Jahre: Alfons Siebert, Jörg Wunderlich, Paul Eichler, Karl-Friedrich Rein, Joachim Jäckel, Karl Kälberer, Otto Reger, Reinhold Knöll, Wolfgang Strasser, Wolfgang Schlenther, Hans-Jürgen Fluck, Wolfgang Seyboldt, Günter Michaelis

45 Jahre: Herbert Ostertag, Bernd Weidenauer, Roland Michel, Gerhard Merk, Helmut Renz, Rainer Buck, Wilhelm Kälble, Oskar Wetzler, Harald Ehnis, Peter Fürderer

40 Jahre: Stefan Philipp, Thomas Merkl, Andreas Bentz, Rainer Dyckerhoff, Ute Fischer, Jörg Naehrlich, Olivier M. Elmer, Alexander Garriss, Friedrich Weber, Rainer Ebinger

35 Jahre: Ralf Klehm, Manfred Rank, Johannes Künzler, Britta Libischewski-Gethmann, Wolfram Scheffbuch

30 Jahre: Ralf Recknagel, Heinz Niesen

25 Jahre: Tobias Pflüger

## Stoppt den Krieg

# Militär ist nicht die Lösung, sondern das Problem

## Rede von Jürgen Grässlin am 13. März im Stuttgarter Schlossgarten

**L**iebe Friedensfreund\*innen, sehr geehrte Damen und Herren, das schier Unvorstellbare ist eingetreten: Nach dem Krieg auf dem Balkan mit dem völkerrechtswidrigen Kampfeinsatz der NATO 1999 herrscht erneut Krieg in Europa. Während wir hier in Stuttgart und bundesweit für Frieden, Abrüstung und für eine nachhaltige Umweltpolitik demonstrieren, werden in der Ukraine Abertausende Menschen verstümmelt, verkrüppelt, traumatisiert oder getötet.

Völkerrechtswidrig interveniert Russland in der Ukraine. Gezielt zerstört das russische Militär auch zivile Einrichtungen, bombardiert Krankenhäuser und setzt offenbar Streumunition ein. Verantwortlich für dieses barbarische Vorgehen ist das russische Regime unter Führung von Staatspräsident Putin. Rücksichtslos werden sowohl die UN-Charta als auch das humanitäre Völkerrecht gebrochen. Die Ziele der demokratischen Wertegemeinschaft in aller Welt müssen die Wahrung der Menschenrechte und die Wiederherstellung des internationalen Rechts sein.

Wir fordern: Nicht nur Wladimir Putin, sondern auch mitverantwortliche Regierungsvertreter und Militärs müssen vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt werden! Ihre Verurteilung wäre ein positives Signal für eine auf internationalem Recht basierende Weltfriedensordnung!

Zurzeit wird der Krieg in der Ukraine mit konventionellen Waffen ausgetragen. Städte werden durch die russische Armee zusammengeschossen, ganzen Landstrichen droht die völlige Verwüstung. Krieg ist die schlimmste Form der Umweltzerstörung. Kaum zu glauben, aber es kann noch schlimmer kommen: Wladimir Putin droht jüngst mit dem Einsatz von Atomwaffen, falls sich die NATO in den Krieg einmischen sollte. So kann aus dem Krieg gegen die Ukraine unversehens eine Katastrophe für die gesamte Menschheit werden.

Vor acht Jahren hat die IPPNW die Studie „Nuclear Famine“ veröffentlicht, wissenschaftlich belegt durch Klimatologen und Ernährungsexperten. Wie die Studie dokumentiert, würde bereits der begrenzte Einsatz einer geringen Zahl von Atomwaffen zu deutlichen Klimaveränderungen führen. Auf dem ganzen Globus wären Not und Elend die Folge. Dann werden bis zu

zwei Milliarden Menschen hungern. Was aber droht bei einem totalen Atomkrieg? Dann gibt es nur Verlierer und die wenigen Überlebenden werden die Toten beneiden.

Laut dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ist bereits die Drohung mit Atomwaffen völkerrechtswidrig.

Unsere Botschaft an alle Atommächte lautet: Verschrotten Sie Ihre Atomwaffen, beenden Sie das zynische Szenario um unser aller Leben!

Friedensverhandlungen sind wichtiger denn je. Dabei scheinen Verhandlungen beim NATO-Partner Türkei oder beim Russland-Partner Belarus eher aussichtslos. Um dem Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu stoppen, müssen die Vereinten Nationen eine stärkere Vermittlerrolle einnehmen. Wichtig wäre, dass sich die Kriegsparteien an einem neutralen Ort – z.B. in Genf als dem europäischen Sitz der UN – zusammenfinden, wohlgerne unter der Führung eines neutralen Verhandlungsleiters, wie dem UN-Generalsekretär António Guterres.

Wir fordern: Die Waffen müssen schweigen, stoppt den Krieg! Alle Gespräche, alle Verhandlungen, alle diplomatischen Bemühungen sind tausendmal besser als das Morden in der Ukraine!

Die bittere Erfahrung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte belegt: Mehr Militär und mehr Waffen lösen keine Konflikte. Vielmehr verschärfen sie die Lage in den Kriegsgebieten. Das haben der Afghanistan-Krieg, die Irak-Kriege, der Syrien-Krieg, der Libyen-Krieg und der Jemen-Krieg drastisch gezeigt. Am Ende verbleiben Failed States, zahllose Menschen wurden zu Opfern, Billionen von Dollars, Euros und Rubel wurden sinnlos verschleudert.

Deshalb sagen wir: Militär und Rüstung sind nicht die Lösung, Militär und Rüstung sind das Problem!

Die Menschheitsgeschichte beweist: Vielfach war gewaltfreier Widerstand nachhaltiger und wirkungsvoller als die gewaltsame Konfliktauflösung. Wie wäre es zum Beispiel, wenn Zehntausende weiß gekleideter Frauen und Männer in der Ukraine mit weißen Friedensfahnen die Zufahrtswege in die Städte durch Sitzblockaden versperren würden? Ich bin mir sicher: Russische Panzerfahrer würden diesen gewaltfreien Widerstand nicht niederwalzen oder zusammenschießen!

Die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden (WGFA) sieht auch dann, wenn die Ukraine besiegt sein sollte, erfolgversprechende Handlungsoptionen: „Wenn sich 44 Millionen Menschen der Zusammenarbeit verweigern, gelingt keine dauerhafte Besatzung, auch nicht unter Einsetzung einer Marionettenregierung.“



Foto: J. Grässlin

Die **SÜDWEST-KONTAKTE** sind die Informationsbeilage zur „ZivilCourage“ für alle Mitglieder des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Sie erscheinen mit jeder Ausgabe der „ZivilCourage“, in der Regel fünf- bis sechsmal jährlich. Herausgegeben werden die **SÜDWEST-KONTAKTE** vom Landesvorstand des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711/51 88 56 01, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet [www.dfg-vk.de/bwue](http://www.dfg-vk.de/bwue) Redaktion: Sarah Gräber Gestaltung: SPS-Graphics

Wir bitten alle Bürger\*innen der Ukraine: Bringt den zivilen Mut auf, protestiert, blockiert, leistet gewaltfreien Widerstand!

Und was können wir im restlichen Europa und vor allem in Deutschland tun? Wir erklären uns solidarisch mit den notleidenden Menschen in der Ukraine. Und wir wollen alles Menschenmögliche tun, um ihr Leid zu lindern. Humanitäre Hilfe tut not, jeder Hilfskonvoi ist eine gute Tat.

Sanktionen im Wirtschafts- und Finanzbereich sind dann förderlich, wenn sie den Druck auf die Machthaber in Russland massiv erhöhen. Nicht aber, wenn sie die ohnehin sozial Schwachen und Benachteiligten treffen. In diesem Sinn begrüße ich die Beschlagnahme der Besitztümer und die Sperrung der Bankkonten der reichen Oberschicht, der Oligarchen.

Waffenlieferungen an Verteidigungskräfte im Abwehrkampf gegen einen Angreifer mögen gut gemeint sein – de facto sind sie aber kontraproduktiv. Denn wer den Export von Kriegswaffen in einen Krieg hinein genehmigt, der wird selbst zur Kriegspartei. Der kann – wie Deutschland und fast alle NATO-Partner – nicht länger glaubwürdiger Organisator oder Gastgeber bei Friedensverhandlungen sein. Vierertreffen im Normandie-Format sind seither unmöglich geworden.

Wer Waffen in ein Kriegsgebiet liefert, der verliert die Kontrolle über ihren Einsatz. Defensivwaffen gibt es nicht – jede Waffe kann auch offensiv eingesetzt werden. Auch mit vermeintlichen Defensivwaffen können schwere Menschenrechtsverletzungen verübt werden.

Waffenexporte in einen Krieg tragen zur Eskalation bei. Die gelieferten Kriegswaffen befördern eine unwägbar Konflikt eskalation. Waffenexporte sind wie Öl ins Feuer. Die russische Seite hat erklärt, dass Waffenlieferungen eine Kriegsbeteiligung des jeweiligen Landes darstellen. Die Folgen sind unabsehbar.

Europa muss seine Grenzen schließen für Waffen – Europa muss seine Grenzen öffnen für Menschen! Für uns bedeutet Zusammenhalt in Europa die Aufnahme aller Kriegsflüchtlinge!

Und auch alle kritischen Journalist\*innen, Friedensdemonstrant\*innen, Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen in Russland und in der Ukraine müssen unsere Unterstützung erhalten und Schutz finden.

Heute vor zwei Wochen, am 27. Februar 2022, habe ich 200 Meter vor dem Reichstagsgebäude in Berlin eine Rede gehalten für die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Unsere zentrale Forderung war: Stoppt die Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete.

Zur gleichen Zeit verkündete der Hochrüstungskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung im Bundestag eine in der deutschen Nachkriegsgeschichte einmalige militärische Aufrüstung. Durch ein sogenanntes „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro rüstet die Ampelkoalition von SPD, GRÜNEN und FDP das deutsche Militär massiv auf. Entgegen aller vorherigen Ankündigungen, erhält die Ukraine doch Kriegswaffen aus Deutschland.

Im Rahmen dieses gigantischen Aufrüstungsprogramms werden neue atomwaffenfähige Kampfbomber und Kampfdrohnen beschafft. Bis zu drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in jedem Jahr für Rüstung und Militär ausgegeben werden. Ein paar Brosamen bleiben für Ziviles und Entwicklungshilfe. Kein Wunder, dass die Aktienkurse der Rüstungskonzerne derzeit durch die Decke gehen. Bei Rheinmetall, bei Krauss-Maffei Wegmann und bei Heckler & Koch knallen die Champagnerkorken.

Lasst uns in einer einmalig breiten sozialen Bewegung, mit den Gewerkschaften und Kirchen und mit vielen Gruppen der Zivilgesellschaft und der Friedensbewegung fordern: Wir wollen abrüsten statt aufrüsten! Wir wollen Sicherheit neu denken!

Herr Scholz, Frau Baerbock, Herr Lindner – was wir brauchen ist eine ganz andere Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents und auch Deutschlands:

Wir fordern von der Bundesregierung statt eines 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramms einen 100 Milliarden Euro Friedens- und Sozialfonds! Für Bildung und Erziehung, für Kunst und Kultur, für Gesundheit und Pflege, für den Ausbau der regenerativen Energiequellen, für die sozial-ökologische Transformation und damit für ein zukunftsfähiges Deutschland!

Liebe Friedensfreund\*innen, liebe Gegner\*innen des Krieges, nehmt die vielen guten Impulse unserer Friedenskundgebung mit nach Hause.

Lasst uns die Unkultur des Krieges überwinden durch eine allumfassende Kultur des Friedens!

Wenn wir uns international verbünden, wird das Pendel wieder zugunsten des friedlicheren Zusammenlebens aller Völker ausschlagen. Dafür wünsche ich euch und Ihnen Kraft, Mut und Durchhaltevermögen.

*Nachbemerkung: Über den Beifall während und nach meiner Rede habe ich mich sehr gefreut. Allerdings sorgten meine beiden singulären Ausführungen zum gewaltfreien Widerstand vor allem bei ukrainischen Bürger\*innen, aber auch bei einzelnen Teilnehmer\*innen aus Deutschland, teilweise für Unverständnis. Hilfreich wäre, auf die Konzepte des Zivilen Ungehorsams bzw. des Sozialen und Gewaltfreien Widerstands zu verweisen, wie sie u.a. von Theodor Ebert, vom Bund für Soziale Verteidigung, von Ohne Rüstung Leben, der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden u.a. erarbeitet oder unterstützt werden.*



## „Wir müssen + wollen reden“ Online-Gesprächsrunde über den Ukraine-Krieg

Nach der ersten Sprachlosigkeit über Putins Einmarsch in die Ukraine, verspüren inzwischen viele Menschen das Bedürfnis, über die Geschehnisse zu sprechen.

Um den Mitgliedern der DFG-VK Baden-Württemberg eine Möglichkeit zum Austausch zu bieten, organisierte der LandessprecherInnenkreis am 14. März ein Online-Treffen zum Thema. Über 25 Personen nutzten die dreistündige Veranstaltung, um sich über die eigene Gefühlslage sowie die Situation für die Friedensbewegung allgemein und die DFG-VK im Besonderen zu unterhalten.

Klar wurde: Die aktuelle Lage bestärkt uns in unserem Selbstverständnis, dass jeder Krieg ein Verbrechen ist und wir entschlossen sind, keine Art von Krieg zu unterstützen. Viel gesprochen wurde auch über die Aufrüstungspläne der Bundesregierung und die daraus resultierenden Konsequenzen für unsere Arbeit.

Da das Online-Format auf viel positive Resonanz gestoßen ist, ist eine Fortsetzung für Mitte April geplant.

Die Einladung zu diesem ersten Beratungstreffen wurde an alle baden-württembergischen DFG-VK-Mitglieder verschickt, von denen in der Mitgliederliste der Bundesgeschäftsstelle ihre E-Mail-Adresse bekannt war. Leider ist das nur bei der Hälfte der Mitglieder so. Diese können damit generell nur auf dem herkömmlichen Postweg informiert werden – das ist aber umständlich, langsam und teuer. Deshalb die Bitte an alle, die an dem Beratungstreffen Mitte April teilnehmen wollen und deren E-Mail-Adresse bei der DFG-VK noch nicht bekannt ist (und die auch sonst künftig elektronisch informiert werden wollen):

Schickt eure E-Mail-Adresse an:  
[ba-wue@dfg-vk.de](mailto:ba-wue@dfg-vk.de)

## Adressenliste

### DFG-VK-Gruppe Bodensee-Oberschwaben

Bernd Wipper, Maurus-Betz-Str. 12,  
88662 Überlingen, 07551-3085066,  
doc.b.wipper@t-online.de

### DFG-VK-Gruppe Freiburg

Postfach 5261, 79019 Freiburg  
Treffen: Büro im Friedenszentrum,  
Stühlinger Str. 7  
Tel.: 0761-7678089  
freiburg@dfg-vk.de  
www.dfg-vk.de/freiburg

### DFG-VK-Gruppe Heidelberg

c/o Kai-Uwe Dorsch, Hohegasse 1,  
69181 Leimen  
Tel.: 01525-6907676  
heidelberg@dfg-vk.de

### DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

c/o Sonnhild Thiel, Alberichstraße 9,  
76185 Karlsruhe; Tel.: 0721-552270  
dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

### DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg

c/o Wolfram Scheffbuch, Oberdorf-  
straße 9, 74366 Kirchheim am Neckar  
Tel.: 07143-94668, Mobil: 0173-7397214  
ludwigsburg@dfg-vk.de

### DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer  
Str. 14, 68163 Mannheim  
Tel.: O. Reger (Tel. 017650218312),  
H. Sauer-Gürth (Tel. 0621-858301)  
mannheim@dfg-vk.de  
mannheim.dfg-vk.de

### DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

c/o Wolfgang Eberhardt, Mörikestraße 6,  
77654 Offenburg  
Tel.: 0781-53669  
mittelbaden@dfg-vk.de

### DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils

c/o Jürgen Flicker, Hauptstr. 46,  
73275 Ohmden, Tel.: 07023-2728  
jblfli@t-online.de

### DFG-VK-Gruppe Stuttgart

Werastr. 10, 70182 Stuttgart  
Tel.: 0711-51885601; stuttgart@dfg-vk.de  
jeden 3. Dienstag im Monat Gruppen-  
treffen um 19 Uhr in der Werastr. 10

### DFG-VK-Gruppe Tübingen

c/o Informationsstelle Militarisierung  
(IMI e.V.), Hechingerstr. 203, 72072 Tü-  
bingen; Tel.: 07071-791703; tuebingen@  
dfg-vk.de; www.imi-online.de

### DFG-VK-Gruppe Gammertingen

c/o Walter Märkle, Beethovenstr. 2,  
72501 Gammertingen; Tel.: 07574-2920

### DFG-VK-Gruppe Pforzheim

c/o Christof Grosse, Brettener Str. 41,  
75181 Pforzheim; Tel.: 07231-358765

### DFG-VK-Gruppe Ulm/Neu-Ulm

c/o Markus Kiefer, Otto-Lilienthal-  
Weg 65, 89075 Ulm;  
Tel.: 0731-40300388; ulm@dfg-vk.de

### DFG-VK-Landesverband BaWü

Werastr. 10, 70182 Stuttgart  
Fon 0711-51885601  
eMail: ba-wue@dfg-vk.de  
Internet: www.dfg-vk.de/lv-bawue  
Facebook: https://www.facebook.com/  
groups/DFG.bawue/

## Friedensarbeit

# Servicestelle Friedensbildung wird ausgebaut

## Langfristiges und erfolgreiches Engagement der DFG-VK

Die Servicestelle Friedensbildung in Bad Urach, an deren Gründung die DFG-VK Baden-Württemberg maßgeblich beteiligt war, wurde zum Jahresbeginn 2022 deutlich ausgebaut.

Zum einen gibt es eine zweite Referent\*innenstelle (100 %), und zum anderen wurde die bisherige Sachbearbeitungsstelle ebenfalls auf 100 Prozent aufgestockt. Hinzu kommen weitere 50.000 Euro Sachmittel für die laufende Arbeit. Sowohl die unbefristeten Stellen als auch die Erhöhung der Sachmittel sind im Landeshaushalt verfestigt. Für die Erhöhung der Sachmittel gab es einen interfraktionellen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und FDP.

Zu verdanken ist dies dem unermüdlichen Einsatz der Mitglieder der Steuerungsgruppe, die in den letzten Jahren sehr intensive Lobbyarbeit geleistet haben.

Es hat sich innerhalb der grün-schwarzen Landesregierung nach der Landtagswahl 2021 einiges bewegt, insbesondere bei der CDU-Fraktion. Die neue CDU-Fraktion mit jüngeren Abgeordneten hat in Gesprächen mit Mitgliedern der Steuerungsgruppe erkennen lassen, dass sie gegenüber der Friedensbildung in Baden-Württemberg deutlich aufgeschlossener ist. Sie war sogar bereit, aus Fraktionsgeldern Mittel für die Servicestelle zur Verfügung zu stellen. Dies wurde nicht nötig, da die entsprechenden Mittel und Stellen im Haushalt verankert wurden.

Seit die Servicestelle am 1. August 2015 in Bad Urach ihre Arbeit aufnahm, musste sie in den vergangenen knapp sieben Jahren mit sehr bescheidenen Mitteln arbeiten. Die Träger der Servicestelle Friedensbildung sind das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, die Landeszentrale für politische Bildung und die Berghof Foundation. Unterstützt wird die Servicestelle von der Steuerungsgruppe und dem Beirat. In beiden Gremien ist unser Landessprecher Klaus Pfisterer vertreten.

### Fortsetzung von Seite 1

Landessprecher Stefan Philipp fasste ganz kurz die Gründe der Entlassung zusammen und erläuterte seine Sicht auf die weitere Arbeit im Landesverband, worauf eine mehrseitige Stellungnahme Roland Blachs, welcher nicht persönlich anwesend war, von zwei Verbandsmitgliedern verlesen wurde.

Eine längere und durchweg sachliche Aussprache schloss sich an. Der von einem Mitglied vorgelegte Antrag auf Rücknahme der Kündigung wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Servicestelle Friedensbildung ist in ihrer Art einzigartig in der Bundesrepublik. Sie hat eine Ausstrahlungskraft, die weit über Baden-Württemberg hinaus reicht. Dies machen Anfragen aus anderen Bundesländern deutlich. In Niedersachsen wurde im August 2021 ebenfalls eine Servicestelle eingerichtet.

Mit dem Ausbau zum Jahresbeginn 2022 kann die Servicestelle ihre Arbeit ausweiten. Allerdings ist das nur ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Friedensbildung. Es bedarf im Doppelhaushalt 2023/24 weiterer Mittel und Stellen, um die drei Arbeitsschwerpunkte

1. Bereitstellung von Medien (Print, Online) für die Friedensbildung,
2. Durchführung von Veranstaltungen zur Friedensbildung, insbesondere Fortbildung für Lehrkräfte und Referendarinnen und Referendare,
3. Förderung und Zertifizierung von Schulen als „Modellschulen Friedensbildung“ weiter auszubauen.

Hierfür notwendig sind

1. weitere Referentenstellen (100 %),
2. weitere Sachbearbeitungsstellen (100 %),
3. eine weitere Aufstockung der Sachmittel.

Dazu wurden bereits erste Gespräche mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen geführt. Mit der CDU-Fraktion wird es ebenfalls Gespräche geben.

Friedensbildung sollte in den Bildungsplänen als Querschnittsaufgabe für alle Schularten und für alle Fächer angelegt werden. Friedensbildung sollte sowohl in der Lehrkräfteausbildung als auch in der Lehrkräftefort- und -weiterbildung angeboten werden. Daher wird angestrebt, eine Professur für Friedensbildung mit entsprechender Ausstattung an einer baden-württembergischen Hochschule einzurichten. Dafür ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg zu gewinnen.

*Klaus Pfisterer*

Anschließend wurde die im Herbst 2021 verschobene Neuwahl des Landesvorstands sowie der Delegierten zum Bundesausschuss und Bundeskongress durchgeführt. Alle Kandidatinnen wurden mit großer Mehrheit gewählt: Klaus Pfisterer, Thomas Schild-Dona, Stefan Philipp und Stephan Möhrle wurden im Amt bestätigt, Frank Chudoba ist neu gewählt worden. Auf alle wartet jetzt eine Menge Arbeit.

*Ernst Rattinger*